



Damen und Herren  
der Presse

**Landkreistag Saarland: Ausgleich für  
Steuerausfälle infolge des  
Wachstumsbeschleunigungsgesetzes für  
die saarländischen Kommunen**

Für die Steuer- und Einnahmeausfälle der saarländischen Städte, Gemeinden und Landkreise fordern der Landkreistag Saarland und auch der Saarländische Städte- und Gemeindetag einen Ausgleich. In fast wortgleichen offenen Briefen sicherten Sie dem saarländischen Ministerpräsidenten Unterstützung zu in seiner ablehnenden Haltung gegen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes.

Durch die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes werden im

Saarland etwa 15 Mio. € kommunale Mindereinnahmen zu erwarten sein. Dazu kommen etwa 119 Mio. € weniger Steuereinnahmen der saarländischen Städte und Gemeinden im nächsten Jahr infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Schließlich plant die Bundesregierung, ihre Kostenerstattung an den Wohnungskosten der Hartz IV-Empfänger herunterzufahren, was bei saarländischen Landkreisen und Regionalverband Saarbrücken zusätzliche Ausgaben in Höhe von rund 20 Mio. € nach sich ziehen wird.

Zusätzliche Ausgabenbelastungen im Bereich der sozialen Sicherung bei saarländischen Landkreisen und Regionalverband Saarbrücken infolge steigender Arbeitslosigkeit werden das finanzielle Dilemma der kommunalen Ebene im Saarland nochmals deutlich verschärfen. Bereits jetzt sind die saarländischen Kommunen in einer unübersehbaren Verschuldenssituation. Maßnahmen des Bundes zulasten der kommunalen Familie im Saarland müssen daher unabdingbar ausgeglichen werden.

Der offene Brief des Vorsitzenden des Landkreistages Saarland, Landrat Clemens Lindemann, an den saarländischen Ministerpräsidenten vom heutigen Tag ist als Anlage beigefügt.

Saarbrücken, den 14. Dezember 2009

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Martin Luckas', written in a cursive style.

Martin Luckas  
Geschäftsführer



Ministerpräsident des Saarlandes und Minister  
der Justiz  
Herrn Peter Müller  
Am Ludwigsplatz 14

66117 Saarbrücken

**Ihr Zeichen/Nachricht**

**Es schreibt Ihnen**  
Clemens Lindemann

**Unser Zeichen**  
002.51 / ML

**Datum**  
11.12.2009

## **Ausgleich der Steuerausfälle infolge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes (Offener Brief)**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Müller,

die saarländischen Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken unterstützen Sie nachdrücklich in Ihrer ablehnenden Haltung bei der Verabschiedung des neuen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes durch den Bund.

Der Landkreistag Saarland weist angesichts der finanzwirtschaftlich außergewöhnlichen Situation im Saarland darauf hin, dass die mit dem Gesetzentwurf verbundenen finanziellen Folgen für die kommunale Ebene im Saarland nicht hinnehmbar sind. Bereits heute sind die saarländischen Städte und Gemeinden im Bundesvergleich weit abgeschlagen. Mit einer Verschuldung mit Kassenkrediten, also zum Konsum verbrauchten Darlehen, in Höhe von rd. 1,3 Mrd. Euro, dies sind über 1.200 Euro je Einwohner/in, bewegen sich die saarländischen Kommunen im Jahr 2009 weit abgesetzt an der Spitze der Vergleichsskala. Auch im Jahr 2008, einem Jahr, in dem auch im Saarland die kommunalen Steuereinnahmen überproportional gut waren, mussten Städte und Gemeinden Kassenkredite zur Finanzierung laufender Ausgaben in Höhe von rd. 80 Mio. Euro aufnehmen. Im Jahr 2010 wird sich allein wegen der aufgrund der Wirtschaftskrise einbrechenden Einnahmen die Unterdeckung der saarländischen Kommunalhaushalte erheblich und aller Voraussicht nach in unvertretbarer Dynamik vergrößern.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird mit seinen Einnahmeausfällen die Situation für die saarländischen Kommunalhaushalte eskalieren lassen. Bereits heute stehen die kommunalen Haushalte unter großem, stetig steigendem finanziellem Druck von bisher unbekanntem Ausmaß. Wie die jüngste Steuerschätzung ergab, schlagen sich auch ohne das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf der Einnahmeseite erhebliche Mindereinnahmen nieder; diese werden nach den neuesten Informationen aus dem Innenministerium durch deutlich sinkende Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich zusätzlich verstärkt werden.

Auf der Ausgabenseite sind demgegenüber dynamisch wachsende Mehrausgaben unabwendbar. In diesem Zusammenhang ist besonders der aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen unvermeidliche Anstieg der sozialen Leistungen, insbesondere bei den Kosten der Unterkunft, hervorzuheben. Die saarländischen Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken müssen diese gesetzlich vorgegebenen Mehrausgaben über die Umlage an die Städte und Gemeinden weitergeben, was deren finanzielle Notsituation zusätzlich verschärft. Hinzu kommen unbeeinflussbare Mehrausgaben bei anderen Pflichtausgaben, z.B. bei Ausgaben nach dem Kinderförderungsgesetz.

Dies alles wird dazu führen, dass die saarländischen Kommunalhaushalte nur mit extrem hohen, eigentlich verfassungswidrigen Kassenkrediten ausgeglichen werden können. Die hierdurch unvermeidbar erwachsende „Zinsfalle“ wird Städte und Gemeinden in immer kürzer werdender Zeit in die absolute Handlungsunfähigkeit treiben.

Aus den Medien haben wir erfahren, dass Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Müller, Kompensationsleistungen des Bundes, beispielsweise durch einen erhöhten Anteil der Länder an der Mehrwertsteuer, als Ausgleich für die durch das Wachstumspaket entstehenden Steuerausfälle fordern. Angesichts der sich weiter verschlechternden katastrophalen Finanzsituation im Saarland möchten wir Sie in dieser Entscheidung nachdrücklich bestärken. Dabei hoffen wir, dass auch die saarländischen Städte, Gemeinden, Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken an den Kompensationsleistungen angemessen beteiligt werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Müller, der Landkreistag Saarland wünscht Ihnen für die bevorstehenden Verhandlungen in diesem Sinne eine glückliche Hand und viel Erfolg.

Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass der Landkreistag Saarland den vorliegenden Brief ebenso wie der Saarländische Städte- und Gemeindetag den fast deckungsgleichen Brief in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit zugänglich machen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Clemens Lindemann